

# Die Finanzlage des Reiches.

(Drahtmitteilungen aus dem Reichstag)

Arbeiterklasse zu regieren, sondern mit ihr. Daraus entnimmt das unabhängige Blatt einen Beweis für seine Auffassung, daß die Arbeiterklasse auch ohne Beteiligung an der Regierung starken Einfluß ausüben, und daß die Arbeiterklasse sozialistischer Vertreter keine Stütze der Arbeiterklasse bedeute, sondern eine Quelle der Schwäche. Das heißt also mit anderen Worten, die Unabhängigen sind der Meinung, daß durch die Wechselwirkung zwischen Sozialisten und Bürgerlichen in der Regierung die ursprüngliche revolutionäre Energie des Sozialismus zur Ergründung der Diktatur des Proletariats geschwächt und geklärt werde.

So führt die unabhängige Betrachtungsweise immer wieder zu ihrem Ausgangspunkt, der Alleinherrschaft der Arbeiterklasse, zurück und ist nicht imstande, sich den Wirklichkeiten des Lebens einzuräumen, deren überzeugende Kraft auch einem Kritiker zu der Einsicht geführt hat, daß das Notwendige für Westeuropa ein Umding ist. Die revolutionäre Zwangsverteilung von der alleinseligmachenden Kraft der Diktatur des Proletariats beherrscht die Unabhängigen so vollständig, daß sie die guten Absichten eines bürgerlichen Regimes für die Arbeiterklasse schlechterdings nicht unparteiisch zu würdigen vermögen. Die Komplimente, die sie an Lehrenbams Adresse richten, sollen den bürgerlichen Wächtern auf der Höhe nur Sand in die Augen streuen, damit sie sich in den Glauben an die Ungefährlichkeit der unabhängigen Propaganda einlassen. Dabei setzen sie aber nicht aus, rechtlos an der Verwirklichung ihres Endziels zu arbeiten, und lauern mit Argusaugen auf den Augenblick, wo sie das tun können, was Scheidemann ihnen ins Gesicht gesagt hat: sich mit Gewalt in den Alleinbesitz der Regierung zu setzen. Sie glauben, daß dieser Zeitpunkt nicht allzu fern sei, da die bürgerliche Regierung sehr bald angeht, die inneren und äußeren Schwierigkeiten der Lage sich für bankrott erklären und vom Schauplatz abtreten müsse, um den Sozialismus allein das Feld zu überlassen.

Die bürgerliche Gesellschaft muß mit den Mehrheitssozialisten muß dabei immer auf dem Boden sein, um sich gegen Verberatschungen von Seiten der Unabhängigen zu sichern. Den Mehrheitssozialisten aber muß der Vorwurf gemacht werden, daß sie selbst an der Züchtung des Kätebasillus in gewissem Grade mitschuldige sind, weil sie dem bürgerlichen Element aus Furcht vor dem Sozialismus nicht ein gleiches Parteirecht zuerkennen wollen. Scheidemann selbst hebt jederzeit mit besonderer Heftigkeit hervor, daß sein Ideal eine rein sozialistische Regierung unter Teilnahme der Unabhängigen ist, und daß nur deren unvollständige, mit den Grundprinzipien der Demokratie nicht in Einklang stehende Forderungen die Erreichung dieses Ziels verhindern. Auch in seiner vor beachteten Rede erklärte er unumwunden: „Ginge es nach unseren Wünschen, dann dürften nur Vertreter der sozialistisch denkenden Arbeiterklasse auf der Regierungsbank sitzen.“ Und früher hat Scheidemann wiederholt seiner Meinung Ausdruck gegeben, daß das Zusammenarbeiten mit den Bürgerlichen nur ein notwendiges Übel sei, von dem sich der Sozialismus sobald als möglich befreien müsse. Von der rein sozialistischen Regierung aber, die vom Bürgerlichen nichts wissen will, bis zu der letzten Konsequenz des Sozialismus ist der Weg vielleicht weniger weit, als Scheidemann selbst zugeben möchte. Um so mehr Grund hat in den letzten Zeitläuften eine bürgerliche Regierung, ihr besonders Betreiben in die Führung des Reiches durch die Tat zu setzen, daß auch ohne sozialdemokratische ministerielle Vertretung eine umfassende Berücksichtigung aller berechtigten Arbeiterinteressen auf der Grundlage einer unabhängigen sozialen Wohlfahrtspolitik möglich ist.

## Vorläufiger Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 1. Juli. Vor Eintritt in die Tagesordnung bringt Dr. Gerlich folgende Beschwerde vor: Wir müssen leider wahrnehmen, daß wir hier in den Räumen des ehemaligen Herrenhauses wenig gern gesehene Gäste sind. (Hört, hört!) Dieser Zustand hat sich noch dadurch verschärft, daß der Präsident der preussischen Landesversammlung Herrn Leinert den Auftrag gegeben hat, das Gebäude sacht zu räumen und Teden und Fenster zu entfernen. (Lebh. Hört! Hört!) — Herr Edler v. Braun stellt fest, daß das Haus mit dem Antrag einverstanden ist. — Reichswirtschaftsminister Scholz: Sie dürfen versichert sein, daß die Reichsregierung beabsichtigt ist, Ihnen das Unterkommen in diesem Hause so behaglich wie möglich zu machen. Wir bedauern es lebhaft, daß durch verschiedene Notwendigkeiten es bisher noch nicht gelungen ist, dies zu erreichen, wie wir es möchten. (Lebhafter Beifall.) Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag Wisliff: „Die andauernde

### Schließung von Betrieben

beginnt die Beschränkung der Produktion bringt volkswirtschaftliche und soziale Schädigungen so schwerer Art, daß dringend die Wege zur Abwendung dieser Gefahren zu erforschen sind. Der Ausbau der heutigen Erwerbslosenfürsorge zu einer produktiven, deren Ziel die Steigerung der Warenerzeugung ist, erscheint unumgänglich geboten. — Der wirtschaftspolitische Ausschuss wird beauftragt, die hier in Betracht kommenden Fragen umgehend zu prüfen und dem Reichswirtschaftsrat Vorschläge zur Beschlußfassung zu unterbreiten.

Abg. Kästel führt Beschwerde darüber, daß die Textilarbeiter im wirtschaftspolitischen Ausschuss nicht vertreten sind. Seit dem 1. Mai seien in der Textilindustrie zehntausende von Maschinen stillgelegt worden. Staatsaufträge reichen zur Behebung der Notlage nicht aus. Die Betriebe müßten in Gemeinwirtschaft übernommen werden. (Unruhe.)

Es folgt die Beratung über den Betriebsräteauschuss. Ein Antrag auf seine Bildung durch den sozialpolitischen Ausschuss wird zugunsten eines Antrages auf

Einrichtung eines Spruchamtes aus den Mitgliedern aller Truppen

zurückgewiesen. — Abg. Aufhäuser erklärt, daß für seine Freunde das Spruchamt unannehmbar sei. Außerdem widerspreche seine bestmögliche Dreiteilung dem Betriebsrätegesetz, das ausdrücklich als Vorzeichen nur Arbeitnehmer und Arbeitgeber vorsehe. Schließlich wird die Angelegenheit vertagt. Der Vorsitzende teilt mit, daß sich der wirtschaftspolitische Ausschuss konstituiert hat. Vorsitzender ist Abg. Kraemer, Vertreter der Industrie, stellvertretende Vorsitzende sind Staatsminister A. D. Wissell, Arbeitnehmervertreter der Industrie, und Staatssekretär A. D. Dr. August Müller, Gruppe der von der Reichsregierung ernannten Vertreter. Die Aenderaumung und Festsetzung der Tagesordnung der nächsten Sitzung wird dem Vorsitzenden überlassen. Der Zeitpunkt wird von dem Verlauf der Beratungen in Spa abhängen.

## Belagerung des Danziger Schifferstreiks.

Danzig, 1. Juli. Der Streik der Danziger Binnenschiffer ist heute nachmittag durch gütliche Einigung zwischen den beteiligten Reedereien und den Arbeitnehmern beigelegt worden. (S. T. B.)

## Die Arbeiten der Sozialisierungskommission.

Berlin, 1. Juli. Die Sozialisierungskommission hat sich nach ihrem Zusammenkommen infolge ihrer Vergrößerung zu einer Aenderung ihrer Organisation genötigt gesehen. Sie hat vier Unterabteilungen eingeleitet, in denen die Frage der kommunikativen, der Kohlen-, Rast- und Eisenwirtschaft, der Allgemeinerwirtschaft (Außenhandel, Salina) und der Energiewirtschaft beraten werden. Der kommunikativen Unterabteilung hat sich seitdem in vorbereitenden Besprechungen mit der grundsätzlichen Frage der Sozialisierung wichtiger Bauhoffindungen beschäftigt. Der Unterabteilung für Kohle, Rast und Eisen erhebt Vorschläge für die Aenderungen in der Organisation unserer Kohlewirtschaft an.

Berlin, 1. Juli. Die heutige Sitzung des Reichstages wurde vom Präsidenten Böbe eröffnet. Am Regierungstisch Platznahmen Dr. Heine, Minister Rost und Wirth. Der Reichstag wird abgelehnt, da der Haushaltsauschuss seine Beratung noch nicht beendigt hat. Anträge sämtlicher Parteien auf Einsetzung eines Ber. Ausschusses zur Debatte von Fragen bei Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn werden ohne Aussprache angenommen. Das deutsch-französische Abkommen über einseitige Abgabe der Reichsangelegenheiten wird in allen drei Lesungen angenommen. — Darauf wird die

## Aussprache über die Erklärung der Regierung

fortgesetzt. Abg. Müller-Francken (Soz.): Der Redner bekämpft die Behauptung Leboures, daß die Sozialdemokraten bei den Wahlen nach allen Regeln der Kunst zusammengelassen worden seien. Nachdem die Sozialdemokraten 14 Jahr an der Regierung gewesen, war es klar, daß sie mit Verluften bei der Wahl rechnen mußten. Gäßen die Unabhängigen 1/2 Jahr nach ihren Grundfragen regiert, dann wäre bei den Wahlen wenig von ihnen übrig geblieben. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz. Wachen bei den Unabh.) Wir sind immer noch die stärkste Partei im Reichstage und

### die stärkste Sozialdemokratie der Welt.

Das liegt in der Güte der Politik, die wir in den letzten Jahren getrieben haben. (1) Unter 5614000 Wähler haben gezeigt, daß die Mehrheit der deutschen Arbeiter sich zur Demokratie bekennen und nicht den Spuren von Rußland folgen will, wo von Sozialismus nichts zu spüren ist. (Beifall bei den Soz. Wachen bei den Unabh.) Wir üben scharfe Kritik an der Reichswehr, wir verurteilen scharf den Nord und Thal und den Nord an Hans Bache. Wir verlangen die sofortige Beilegung der Militärjustiz. Roste hat das Verdienst, die Regierung der Volksbeauftragten vor dem Schicksal der Reichsregierung und Deutschland vor dem Chaos bewahrt zu haben. (Beifall bei den Soz.) Wenn wir uns an der Regierung nicht beteiligen, so ist das einmal die beste Widerlegung der ewigen Beschimpfung, wir seien Vorkämpfer, Lieber und Streber. Dieselben Kräfte, die uns so beschimpfen, haben uns freilich noch der Wahl außerordentlich unwohlwollend entgegengekommen. Sie haben sich nicht bemüht, die Partei des Herrn Hergt gar nicht unwohlwollend zu werden, sondern eher gemieden, wie eine Gesellschaft von Dribunden. (1) (Große Heiterkeit.) Im Gegensatz zur Volkspartei fühlen wir uns als Europäer und wollen

### kosmopolitische äußere Politik treiben.

Wir können mit der Deutschen Volkspartei nicht zusammengehen wegen des überwiegenden Einflusses, den die Schwerindustrie in dieser Partei ausübt. Der Schrei nach Sozialismus ist weiter nichts als ein Schlagwort. Auch wir haben uns Mühe gegeben, Kapazitäten des Wirtschaftens in die Regierung zu bringen. Wenn die Wahlen so ausgefallen sind, wie Sie sehen, so ist Schuld daran die Entente. Ihre Haltung hat die nationalpolitische Strömung ausgelöst. Für Spa kann ich das Wort Schiffer voll und ganz unterschreiben: Es darf nichts unterschrieben werden, was nicht erfüllt werden kann. Alle Kräfte müssen schweigen. Wenn wir aus der Regierung ausgetreten sind, so verlassen wir doch das Schiff nicht, sondern wir wollen es über Wasser halten, damit Deutschland in der deutschen Republik und durch die deutsche Republik weiterlebt. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

## Reichsfinanzminister Dr. Wirth:

Die Anfänge der jetzigen Finanzpolitik reichen bis in die erste Zeit des Krieges zurück. Schon damals begann das Verhältnis zwischen Ausgaben, die normalerweise auf den ordentlichen Etat genommen werden mußten, und zwischen den laufenden Einnahmen sich herauszubilden. Der eigentliche Raubbau an der physischen, materiellen und finanziellen Kraft unserer Nation begann 1917. Neben der starken Zunahme von Daueranleihen häuften sich in der zweiten Hälfte des Krieges ein immer größerer Berg von schwebenden Schulden, die am Ende des Kampfes ohne Bürgerkriegsschulden nahezu 50 Milliarden betragen. Mit dem militärischen und politischen Zusammenbruch begann dann die geradezu beängstigende Zunahme der schwebenden Schuld. Der Haushaltsüberschuß des Jahres 1919 weist rechnungsmäßig die geradezu fabelhafte Summe von rund 74 1/2 Milliarden auf. Darin sind allerdings 18 Milliarden Schuldentilgungen mit einbezogen. Der Rest von 72 Milliarden übersteigt geradezu jedes Vorstellungswort.

### Die wichtigsten Ausgaben für den neuen Etat von 1920,

der immer noch nicht fertiggestellt ist, aber in den großen Ziffern im wesentlichen feststeht, stellen sich wie folgt: 23 Milliarden für dauernde Ausgaben und 42 Milliarden einmalige Ausgaben. Daraus entfallen auf den Reichsschuld: 14 Milliarden, Pensionen, Militärrenten und Hinterbliebenen-Versorgung: 3,9 Milliarden, auf die neue Besetzung: 3 Milliarden, auf die Volksernährung: 3 Milliarden, für Meer und Marine: 1,9 Milliarden, für das Reichsarbeitsministerium, einschließlich der Behandlung der Kriegsbeschädigten um: 1,1 Milliarden, für alle übrigen Zwecke: 2,7 Milliarden. Die Einnahmen des ordentlichen Haushalts sollen ergeben an Verwaltungseinnahmen: 0,2 Milliarden, an direkten und Verbrauchsteuern: 10,8 Milliarden, an Zöllen und Verbrauchsteuern: 9,1 Milliarden, an einmaligen direkten Steuern: 3 Milliarden, an Einnahmen aus dem Pantfunden und an Ausfuhrabgaben: 2 Milliarden und an Einnahmen aus noch nicht bewilligten Steuern: 2,9 Milliarden. Wenn diese letzte Summe bewilligt wird und einfließt, dann wird im außerordentlichen Haushalt zum ersten Male seit der Vorkriegszeit wieder ein Gleichgewicht der Ausgaben erzielt werden. Was den außerordentlichen Haushalt anlangt, so sind ohne die Fehlbeträge der Betriebsverwaltungen an Ausgaben vorgesehen: 11,6 Milliarden, darunter 5 Milliarden für den Friedensvertrag, die voraussichtlich aber nicht ausreichen. Die Abwicklung des alten Heeres und der alten Flotte erfordern weitere 2,1 Milliarden. Die Ausgaben für die Kriegsgefangenen und ebenso die infolge der Tumulte entstandenen Schäden sind mit je einer Milliarde angelegt. In der Ausgabe für die Kriegsgefangenen kommt die fürchtbare Wirkung des Zusammenbruchs unserer Galube und der Mangel einer eigenen Handelsflotte zum Ausdruck.

### Die Entwicklung der Betriebsverwaltungen ist geradezu katastrophal.

Die Post rechnet mit einem Fehlbetrag von 870 Millionen Mark, die Eisenbahnverwaltung mit 14 bis 15 Milliarden Mark Fehlbeträgen, ein Posten, der fast so groß ist wie unsere Ausgaben aus der Reichsschuld und an Pensionen für die Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten. Die Ursachen dieser Fehlbeträge sind der Raubbau während des Krieges mit unferem Vertriebswesen, die Schädigungen infolge des Waffenstillstandes, durch die uns das beste Material weggenommen ist, die Unterlassung von Reparaturen und die Ausbesserung sonstiger Schäden, die jetzt mit dem Verkauf der früheren Preise bezahlt werden müssen. Der Hauptgrund der außerordentlich großen Lage unserer Betriebsverwaltungen liegt in den riesigen steigenden Personalausgaben, in denen noch kein Aufbruch zu erblicken ist, ein unerträglicher Zustand. Das Reich darf nicht bis zum Weißbrot angespannt werden. Beim Berathen des Reichstages zeigt sich die ver-

hängnisvolle Wahrheit der noch vor einigen Monaten so viel geäußerten Theorie der Angleichung der Inlandswirtschaft an die Weltmarktpreise. Jetzt verlagert dieses Verhängnis, weil der notwendige Warenbedarf gedeckt ist. Nun tritt die Wirtschaftskrise ein und das Reich soll die Erwerbslosen-Unterstützung bezahlen. Das Verhängnis kann mit Rücksicht auf die eigene Rentabilität und mit Rücksicht auf die Volkswirtschaft die Tarife nicht beliebig erhöhen. Wenn die Fehlbeträge der Betriebsverwaltungen zusammen etwa 15 bis 16 Milliarden ausmachen werden, so ergibt sich ein Gesamtaufwand aus dem außerordentlichen Etat von 26 bis 27 Milliarden Mark, so daß wiederum ein Etat von insgesamt 54 1/2 bis 55 1/2 Milliarden vor uns liegt. Wo diese Entwidlung enden soll, das ist die fürchtbare Frage, die wir uns zu stellen müssen. Bei derartigen Anforderungen müssen selbstverträglich

### die Schulden des Reiches

lawinenshaft. Gegenwärtig betragen sie rund 300 Milliarden. Da das Reich auch aufzukommen hat für Kriegsausgaben der Länder und Gemeinden, ferner für die Abschreibungen im Zusammenhang mit der Uebernahme der Eisenbahnen, so erhöht sich die Reichsschuld auf ungefähr 360 Milliarden Mark. Es kann nicht weiter gehen, daß die ganze Volkswirtschaft von Reich zu Reich geht und daß noch bei der Erhebung von Steuern Schwierigkeiten gemacht werden. Die Folgen von einseitigen Steuererhöhungen wären nicht auszudenken und müssen in erster Linie den Arbeitern treffen.

### Wir stehen vor Spa und damit vor unserem Schicksal, ja vor dem Schicksal Europas!

(Lebhafte Zustimmung.) Wenn Bernuzzi und Verhändlungswille die Verhandlungen beherrschen, ist eine rasche Behebung der Kriegsschäden zu erhoffen. Unter der Voraussetzung, daß man uns wirtschaftlich wieder zu Atem kommen läßt. Wenn die Welt nicht von dem Geldwahn loszukommen sucht und wirtschaftlich den Boden verliert, kommen wir immer wieder auf einen toten Punkt. Internationale Schuldbetrugungen können nur erfolgen durch Sachleistungen oder Dienstleistungen. Die Abtragung von Forderungen kommt für die deutsche Volkswirtschaft nicht mehr in Frage, denn wir haben unsere Auslandsguthaben ja schon verloren. Das ganze Wiedergutmachungsproblem ist das

### Problem der Produktion.

Der Geldschleier muß zerreißen, die Milliarden einpfloste übermunden werden. Nur von diesem Gesichtspunkte aus kann von Spa aus das Problem zu einem für Europa günstigen Ende geführt werden. Die Schuld- und Finanzverpflichtungen infolge des Krieges sind eine einzige ungeheure Kette, die sich von Ost zu West, von Kontinent zu Kontinent schlingt. Kommt es irgendwo zu einem Zusammenbruch, so plant sich der Sturz auf alle übrigen Länder fort. Staatsbankrott bedeutet heute die Zertrümmerung der ganzen Wirtschaftsmaschine, die Zertrümmerung des gesamten kulturellen und sozialen Unterbaues. (Anhaltender lebhafter Beifall.) In unserem guten Willen wird es bei den Verhandlungen nicht fehlen.

Das deutsche Volk hat trotz aller ungeheuren Mühen bisher schon Leistungen vollbracht, wie sie niemals einem Volke auferlegt worden sind. Man vergesse aber nicht, daß Deutschland auch das nötige Rohmaterial und die Arbeitskräfte zu seiner Leistung haben muß. Gäßen der Waffenstillstand und der Friedensvertrag unser Verbleibendes und die organischen Mittel unserer wirtschaftlichen Betätigung nicht so hart betroffen, dann hätten wir hinsichtlich der Wiedergutmachung viel leistungsfähiger sein können. Inmitten Kämpfe und Gegensätze müssen heute hinter der großen nationalen Aufgabe zurücktreten, um aus der Not der Zeit wieder den Weg zu langamer Besserung zu finden. Alle unsere Hoffnungen auf eine bessere Zeit beruhen auf der Arbeit, auf unserem Können und auf dem Fleiß unserer Hände. Gehen wir uns Tag für Tag, Stunde für Stunde vor Augen, daß wir arm, bettelarm geworden sind, daß jeder von uns Opfer und seine letzten und besten Kräfte bergeden muß. (Anhaltender, lebhafter Beifall.)

Abg. Henke (Unabh.): Die Entscheidungskämpfe zwischen Arbeit und Kapital werden außerhalb des Parlaments ausgefochten werden. Das Ziel ist die Eroderung der politischen Macht. Der Diktator der Schwerindustrie und der reaktionären Offizierskaste stellen mit der Diktatur des Proletariats entgegen. Scheidemann werden wir die staatsmännliche Maske vom Gesicht ziehen und die Arbeiterklasse wird ihn und seine Freunde anfluchen. Müller habe die Kriegspolitik und Roste gelobt. Man habe aber nicht den Mut gehabt, Roste wieder anzufassen, weil ihm die Arbeiterklasse helfen lernte wegen seiner Anführerdienste für den deutschen Kapitalismus. (Sehr richtig! bei den Unabh., Unruhe bei den Soz.) Wenn man die Rede Müllers öffentlich anfechtete, würde die Macht aus seiner Partei noch verstärkt werden. Heute vorliege dann ein verträgliches Abschreiben der Mehrheitssozialisten vom 9. Juni, in dem eine Regierung der Reichsparteien als erwünscht bezeichnet wird. (Hört, hört!) Die bürgerlichen Parteien hätten und die Sozialisten geworden, nicht aus Liebe, sondern aus dem Gefühl heraus, Zusätze zu ihren Dingen zu haben. (Großer Beifall.) Noch niemals seien die Unternehmerverbände so geschlossen wie heute aufgetreten. Er sehe wieder eine Gefahr emporkommen, wie damals, als Roste es nicht glauben wollte und sich einseitig für die Vertreter der Kapitalistenklasse zusammen und nicht Arbeiter. Die Finanzlage sei noch schlimmer, als sie der Finanzminister dargelegt habe.

Der bairische Gesandte v. Proger erklärt die Angewandtheit des Reichsfinanzministers gegen die Länder wegen der Eisenbahnbeamten für nicht berechtigt. — Abg. Eisenberger (Bayr. Bauernbund) fordert Aufhebung der Zwangswirtschaft. Nur die Landwirtschaft könne uns aus der Not retten. Ihre Produktion müsse vervielfacht werden. — Weiterberatung morgen 1 Uhr. Vorber. Antragen. Schluß 6 1/2 Uhr.

## Die Räumung der neutralen Zone.

Paris, 1. Juli. Der „Matin“ erklärt, daß die Diktator-Konferenz, die gestern die Antwort auf die letzte Note der deutschen Regierung um Fristverlängerung für die Räumung der neutralen Zone auf dem linken Rheinufer prüft, sich in aller Form dagegen ausgesprochen hat. Dieser Beschluß wird dem Obersten Rat bei seiner Anwesenheit in Brüssel mitgeteilt werden. (S. T. B.)

## Ratifikation des Friedens von St. Germain.

Paris, 1. Juli. Vom französischen Senat wurde der Friedensvertrag von St. Germain mit 200 gegen 23 Stimmen ratifiziert.

## Die türkischen Delegierten in Paris.

Paris, 1. Juli. Die beiden türkischen Delegierten zur Friedenskonferenz, Djemal-Pascha und Rasid-Pascha sind gestern nachmittag in Paris angekommen. (W.)

## Krafft reist nach Moskau.

Berlin, 1. Juli. Nach Londoner Mitteilungen wird Krafft nach Moskau zurückkehren und sich neue Aufträge seiner Regierung holen.